



Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Genossinnen und Genossen,

Ich freue mich, heute hier in La Chaux-de-Fonds zu sein. In einer Stadt, die seit hundert Jahren eine Bastion der Linken ist und von unseren Genossinnen und Genossen regiert wird. La Chaux-de-Fonds ist die Heimat meines Freundes Didier Berberat; von hier stammen auch Gisèle Ory und Francis Matthey. La Chaux-de-Fonds, diese von der Arbeitertradition geprägte rote Stadt, steht symbolisch für die Geschichte der Linken in unserem Land. Aus diesem Grund ist La Chaux-de-Fonds genau der richtige Ort für unsere heutige Delegiertenversammlung. Denn hier im linken La Chaux-de-Fonds wollen wir über Wirtschaftspolitik zu reden, unserer Sorge über eine schleichende Desindustrialisierung des Landes Ausdruck geben und dem Bundesrat deutlich machen, dass wir kein Verständnis für seine abwartende Haltung haben. Es ist kein Zufall, dass wir uns heute im Neuenburger Jura treffen. Hier wollen wir unsere Vorgängerinnen und Vorgänger würdigen und gleichzeitig für unsere Zukunftsvision der Schweizer Industrie eintreten.

Ich freue mich aber ebenso, mit Euch die Ereignisse seit unserer letzten Delegiertenversammlung vor vier Monaten Revue passieren zu lassen. Ihr erinnert Euch sicherlich noch daran, als wir uns Anfang Dezember in Luzern trafen. Damals feierten wir die neu gewonnenen Sitze in den eidgenössischen Räten und freuten uns über die Erfolge Hans Stöcklis im Kanton Bern und Paul Rechsteiners im Kanton St. Gallen. In Luzern sagte ich zu Euch, ich bedauere, dass die Zeit der Wahlen vorbei sei. Ich wünschte mir damals insgeheim eine Fortsetzung und hoffte auf weitere Erfolge. Ich wusste damals nicht, wie recht ich behalten sollte. Und noch weniger hätte ich mir träumen lassen, das Privileg zu haben, dabei eine so aktive Rolle zu spielen.

Unmittelbar nach jener Delegiertenversammlung fand die Bundesratswahl statt, aus der die SP gestärkt hervor ging. Wir konnten unsere beiden Sitze verteidigen. Die Kampagne erlaubte es uns vier Köpfe, vier bemerkenswerte Kandidatinnen und Kandidaten zu präsentieren: Stéphane Rossini, Marina Carobbio, Pierre-Yves Maillard und Alain Berset. Gleichzeitig konnten wir verhindern, dass sich ein bürgerlicher Block aus FDP und SVP bildet. Und es gelang uns, einen neuen Bundesrat zu etablieren, der ebenso wie der alte den Atomausstieg befürwortet. Diese Erfolge dürfen sich sehen lassen. Zwei Personen waren an diesen Erfolgen massgeblich beteiligt, die nun von ihren Ämtern zurück treten.

Eine dieser beiden Personen mag keine Abschiedsszenen. Dies umso mehr, als sie bereits unterwegs in ein neues Abenteuer ist. Sie kandidiert nämlich für die Berner Stadtregierung. In meiner Funktion als Parteipräsident und im Namen von Euch allen möchte ich aber trotzdem Ursula Wyss für ihr Engagement als Fraktionspräsidentin danken. Sie verstand es, die Zügel einer bunten Fraktion immer fest in den Händen zu halten. Sie war die brillante

Dirigentin eines Orchesters voller widerspenstiger, oft freidenkender, manchmal auch streithafter Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ursula Wyss verstand es vorzüglich, zu überzeugen, unsere kollektive Kraft wach zu rufen, das Handeln der Fraktionsmitglieder auf das Interesse der Partei abzustimmen und Egos zu führen.

Zweifellos habt Ihr mitbekommen, dass die Nachfolge von Ursula Wyss in der Öffentlichkeit auf einiges Interesse stiess. In einem Duell zweier hervorragender Kandidierender setzte sich unser Schwyzer Genosse Andy Tschümperlin durch. Ich beglückwünsche Ihn an dieser Stelle nochmals zu seiner Wahl und freue mich darauf, Ihn nachher reden zu hören. Erlaubt mir aber zuerst, einige Worte über seine unterlegene Rivalin Jacqueline Fehr zu sagen. Ich freue mich, dass sie uns als Vizepräsidentin erhalten bleibt und wir auch künftig von ihrem strategischen Instinkt, ihrer Überzeugungskraft und ihrem Willen profitieren können, unsere Partei mitzugestalten. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass sie nach der Wahl Opfer von Anschuldigungen wurde. Anschuldigungen, die mutigerweise auch noch anonym ausgesprochen wurden. Statt unsere Zeit damit zu verschwenden, uns über einander zu äussern, Noten zu verteilen und da und dort unsere Bemerkungen anzubringen, sollten wir uns freuen, dass Persönlichkeiten dieses Kalibers bereit sind, sich für unsere Partei und unsere Ideale zu engagieren. Sei es im Bundesrat oder in der Bundeshausfraktion: Wir haben ein Problem, um das uns viele beneiden. Wir haben zu viele brillante Persönlichkeiten. Freuen wir uns also darüber und arbeiten wir Hand in Hand. Es bleibt noch viel zu tun.

Wie es der Zufall will, verabschiedete ich heute nicht nur Ursula Wyss, sondern auch ihren Lebenspartner Thomas Christen, unseren scheidenden Generalsekretär. Die beiden werden jedoch nicht auf eine einsame Insel auswandern und Papayas züchten. Thomas stiess Anfang Februar zum Team von Alain Berset, wo er sich vor allem mit der Gesundheitspolitik befassen wird. Sein Abgang stellt für uns einen grossen Verlust dar. Als mein Amtsvorgänger Hans-Jürg Fehr als Parteipräsident zurück trat, betonte er am Kongress in Basel, Thomas Christen sei der «ideale Generalsekretär». Nach drei Jahren Zusammenarbeit kann ich ihm vorbehaltlos zustimmen. Ich bedauere Thomas Christens Rücktritt, auch wenn er nach bald zehn Jahren im Dienste der Partei verständlich ist. Thomas stiess anlässlich der Eidgenössischen Wahlen 2003 zum Kampagnenteam. Danach leitete er die Kommunikation, um 2006 das Amt des Generalsekretärs zu übernehmen. In dieser Funktion führte er das Zentralsekretariat, pflegte enge Kontakte mit den Kantonalsektionen, bereitete unzählige Sitzungen der Geschäftsleitung vor und nahm an Dutzenden von Versammlungen wie der heutigen teil. Thomas Christen hatte aber auch eine wichtige Rolle inne, als es darum ging, die politische Linie der Partei festzulegen. Seine Zurückhaltung, seine Ruhe und seine Gelassenheit waren die ideale Ergänzung zu unseren manchmal sehr direkten und emotionalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern.

Genossinnen und Genossen,

Die letzten Monate verliefen für die Sozialdemokratische Partei höchst erfreulich. In allen kantonalen Wahlen legten wir zu: in Freiburg im November ebenso wie im März in St. Gallen, Schwyz und Uri. Und ich zweifle nicht daran, dass wir morgen die Mehrheit in der Waadtländer Kantonsregierung erringen werden. Und, wer weiss, vielleicht gelingt uns dasselbe Kunststück ja auch noch später im Jahr bei den Staatsratswahlen im Kanton Genf. Nach einer schwierigen Phase geht die SP wieder erhobenen Hauptes ihren Weg. Die Wende zeichnete sich bereits letztes Jahr ab, insbesondere bei den Wahlen im Kanton

Zürich. Bei den eidgenössischen Wahlen gewannen wir sieben Sitze hinzu. Die sozialdemokratische Fraktion zählt heute 57 Mitglieder, während die SVP noch auf 59 kommt. Unser Ziel für 2015 ist klar: Wir wollen wieder die grösste Fraktion im Bundeshaus stellen, in allen Kantonen dazu gewinnen, die neu gewonnenen Sitze halten und verloren gegangene Sitze zurück erobern.

Dies schaffen wir nur, wenn wir weiterhin kämpfen : Für alle statt für wenige. Wir müssen uns hinter die Angestellten stellen, insbesondere hinter die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Exportindustrie.

Wir müssen es wieder einmal betonen, hier in La Chaux-de-Fonds, dem Epizentrum der welschen Arbeiterbewegung. In dieser Stadt, in der Jaurès 1907 vor den Unternehmern für die Einheit der Gewerkschaften und der politischen Linken eintrat. Wir akzeptieren die schleichende Desindustrialisierung unseres Landes nicht. Weder die Globalisierung noch die Finanzkrise rechtfertigen, dass ganze Teile unserer Wirtschaft verschwinden.

Genossinnen und Genossen,

Weder Verlagerungen ins Ausland noch der starke Franken sind ein unabwendbares Schicksal. Sie sind vielmehr die Folge hoffnungslos konservativer wirtschafts- und währungspolitischer Entscheide. Vor einem Jahr waren wir die einzigen, welche einen Mindestwechsellkurs zwischen dem Franken und dem Euro forderten. Sechs Monate verstrichen, bis diese Massnahme endlich umgesetzt wurde. Und seit weiteren sechs Monaten kämpfen wir dafür, dass die Nationalbank den Mindestkurs bei etwa 1,40 Franken festsetzt, damit er nahe bei der Kaufkraftparität liegt. Bedauerlicherweise scheint es der Nationalbank jedoch wichtiger zu sein, die Wunden zu pflegen, welche ihre Direktoren durch ihre Fehler verursachten als die reale Wirtschaft vor den Spekulanten zu schützen.

Ich bin ratlos, weshalb die Mehrheit der Industriellen und die Tourismusbranche nicht die Passivität der SNB kritisieren. Zehntausende von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel, und mit jeder verlorenen Woche verschlimmert sich die Situation weiter. Doch die einen, allen voran unserer Volkswirtschaftsminister, verweisen auf die Unabhängigkeit der SNB. Mantraartig wiederholen sie, dass der Staat hier nicht eingreifen kann und wir in einem globalisierten Markt nichts anderes tun können, als die Krise über uns ergehen zu lassen. Und die andere Seite, die Tourismusbranche nämlich, ist seit mehreren Wochen nur noch damit beschäftigt, sich über die Zweitwohnungs-Initiative zu empören. Eine Initiative wohlverstanden, welche die Chance bietet, eine neue, kohärente Strategie für den Schweizer Tourismus zu definieren. Wenn man denn diese Chance packen will.

Doch dafür ist es ebenfalls notwendig, die Probleme zu lösen, welche sich aus einem künstlich hohen Wechselkurs ergeben. Alle sind sich in einem Punkt einig: Uns droht heute eine Desindustrialisierung, wie sie England unter Margaret Thatcher widerfuhr. Die englischen Neo-Liberalen zerstörten ihre Industrie durch ihre Ideologie, die Schweiz läuft dagegen Gefahr, diese aus Nachlässigkeit zu verlieren. Unsere vielfältige Wirtschaft droht, sich in eine tertiäre Monokultur zu verwandeln. Die Schweiz widersteht weltweiten Wirtschaftskrisen besser als England oder Irland, weil sie auf einen lebendigen Primärsektor, auf eine innovative Industrie und kompetente Dienstleistungen zählen kann. Wenn wir heute die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland hinnehmen, verlieren wir aber für immer

wertvolles Know-how. Und dieses Know-how garantiert nicht nur Arbeitsplätze, sondern es festigt auch unsere Wirtschaft.

Eine andere Politik ist möglich. Sie muss auf zwei Pfeilern beruhen:

- Die SNB muss einen vernünftigen Wechselkurs zum Euro festlegen. Zeigt die Nationalbank aber weiterhin kein Gehör für die Forderungen der Industrie, muss ihr Auftrag neu formuliert werden. Die SNB muss dazu gebracht werden, ihre Währungspolitik auf eine Vollbeschäftigung in unserem Land auszurichten. Die Unabhängigkeit der SNB, so richtig sie politisch ist, entbindet die Politik nicht davon, der Nationalbank Richtlinien vorzugeben.
- Der Bundesrat selbst gibt zu, dass es notwendig ist, eine Industriepolitik auf die Beine zu stellen. Zuerst Doris Leuthard und jetzt Johann Schneider-Ammann betonen – ich zitiere wörtlich: «Die Schweiz hat keine Industriepolitik. Sie hatte nie eine und wird nie eine haben. Die Wirtschaft muss wissen, was für die Industrie gut ist.» Frau Bundesrätin, Herr Bundesrat, das sind Kindergeschichten, die Sie da erzählen. Wir wollen von Ihnen Vorschläge für Investitionsprogramme in die Innovation, die Forschung und die Cleantech. Wie wollen von Ihnen hören, wie sie die Zehntausende von Arbeitsplätzen schaffen wollen, die notwendig sind, damit die Schweiz auch künftig über eine leistungsfähige Industrie verfügt. Wir benötigen eine Industriepolitik, die diesen Namen verdient.

Genossinnen und Genossen,

Wer über Wirtschaft und Arbeitsplätze spricht, muss auch die Personenfreizügigkeit anschneiden. Ihr habt alle mitbekommen, dass wir eine grosse Debatte über die Migrationspolitik im Allgemeinen, aber auch über die Personenfreizügigkeit eröffnen wollen. Ab heute bis zum nächsten Kongress vom September in Lugano debattieren unsere Mitglieder über die grossen Linien, welche unsere Migrationspolitik verfolgen soll.

Wir führen diese Debatte, weil die Bevölkerung sie fordert. Wir führen sie aber auch, weil die SP hellhörig werden muss, wenn die Skepsis gegenüber der Personenfreizügigkeit ständig zunimmt. In Genf und im Tessin feiern politische Gruppen Erfolge, die sich gegen offene Grenzen wehren. Die Umfragen zur Personenfreizügigkeit fallen immer schlechter aus. Und in den Medien werden dazu die abstrusesten Vorschläge herum geboten. Es ist deshalb notwendig, dass wir uns zu Wort melden. Wir müssen unsere Bedingungen stellen, damit wir die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien im Jahr 2013 unterstützen können.

Genossinnen und Genossen, wir werden zusammen über die Personenfreizügigkeit debattieren, über Asylpolitik, über Faktoren, welche die Migration anheizen, über Ausweisungen und über die Sans-Papiers. Wir werden nicht in allen Punkten einer Meinung sein. Die Debatte wird engagiert, manchmal auch schwierig sein, weil es sich um ein emotionales Thema handelt und viele von uns einen direkten persönlichen Bezug dazu haben. Dies ist aber kein Grund, auf diese Debatte zu verzichten. Die SP war nie stärker, als in jenen Momenten, da sie offen die grossen Fragen anging, welche unsere Gesellschaft beschäftigten. Und die Migration ist eine dieser Fragen.

Diese Debatte ist notwendig für uns. Aber sie ist noch weitaus notwendiger für die Schweiz als Ganzes. Wir müssen unsere politischen Gegner zwingen, sich an dieser Debatte zu beteiligen. 70 Prozent der Migration wird durch die Personenfreizügigkeit verursacht. Die Befürworterinnen und Befürworter der Personenfreizügigkeit müssen deshalb endlich einsehen, dass gewisse Arbeitgebende dieses liberale Regime zur Ausbeutung benutzen. Die vermehrten Missbräuche im Baugewerbe und im Baunebengewerbe verlangen nach einer deutlichen Antwort. Minimale Fortschritte zeigen, dass hier ein Bewusstseinswandel stattfindet. Es gelang der SP diese Woche, in der Wirtschaftskommission klare Massnahmen gegen Scheinselbständige, eine Solidarhaftung von Erstunternehmern und Subunternehmern und die Verpflichtung zur Bekanntgabe der Löhne abgestellter Arbeitnehmender im Gesetz festzuschreiben. All dies ist ermutigend. Zum ersten Mal hielten sich die bürgerlichen Parteien nicht an die Empfehlungen des Schweizerischen Arbeitgeberverbands und des Schweizerischen Gewerbeverbands. Doch die Auseinandersetzung hat gerade erst begonnen, und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass FDP und CVP nun intensiv von Wirtschaft und Gewerbe lobbyiert werden. Hier wird sich zeigen, wie unabhängig die beiden Parteien von den Forderungen der Arbeitgebendenorganisationen sind.

Diese Reformen sind notwendig, aber sie genügen nicht. Die Bevölkerung hat – leider zurecht – den Eindruck, bloss eine Minderheit wie Immobilienbesitzer und skrupellose Unternehmer profitiere von der Personenfreizügigkeit. Und die Bevölkerung liegt ebenso richtig, wenn sie zum Schluss kommt, sie bekomme einzig die Nachteile der Personenfreizügigkeit zu spüren: Die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommensschichten stagniert seit zehn Jahren. Die mageren Lohnerhöhungen werden durch die Explosion der Krankenkassenprämien und der Mieten vollständig absorbiert. Die öffentlichen Infrastrukturen im Wohnungswesen, im Verkehr und in den Schulen sind veraltet. Und unser Bildungssystem scheint nicht allzu gut an die Veränderung der Arbeitswelt angepasst zu sein. Auf diese Eindrücke der Bevölkerung – wenige Profiteure und viele Verlierer – müssen wir antworten. Wir müssen die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit von Grund auf erneuern. Dies ist eine der Debatten, die wir in den kommenden Monaten führen müssen. Ich freue mich darauf, dies mit Euch zusammen an die Hand zu nehmen.

Genossinnen und Genossen,

Unsere politischen Gegner werden seit einigen Jahren nicht müde zu betonen, dass ihre Bundeshausfraktionen einen neuen Zusammenhalt gefunden hätten. Sie betonen die Disziplin, welche ihre Parlamentarierinnen und Parlamentarier unter Beweis stellen müssten. In gewisser Weise ist das richtig: Wenn eine Partei eine Entscheidung gefällt hat, muss sie diese glaubwürdig vertreten, und alle Mitglieder müssen an einem Strick ziehen. Aber eine Disziplin ohne Debatte ist eine Disziplin der Friedhöfe, der Thujahecken und des militärischen Strammstehens. So etwas wollen wir nicht.

Auch wir sind diszipliniert. Ich denke, wir haben dies während unserer Wahlkampagne im letzten Herbst überzeugend unter Beweis gestellt. Aber wir fürchten die interne Debatte nicht. Sie ist vielmehr einer der Gründe für unseren Erfolg, die Anziehungskraft unserer Partei und ihren Einfluss auf die Gesellschaft. Gestern waren es die Sicherheitspolitik, die Bildung und das Parteiprogramm. Morgen sind es die Migrationspolitik, die Parteifinanzierung und

unsere Strategie in der Debatte um den Finanzplatz. Die Sozialdemokratische Partei bewies in der Vergangenheit und beweist auch heute immer wieder, dass sie sich die Devise von François Mitterrand zu Herzen genommen hat: «In der politischen Auseinandersetzung überwindet man das Hindernis nur dann auf die richtige Weise, wenn man es frontal angeht.» (L'Abeille et l'Architecte, Essai von François Mitterrand)

Offen zu sein für die interne Debatte und danach die gefundenen Positionen umso kompromissloser zu verteidigen – das ist der Sozialismus von Jaurès bis Mitterrand. Oder, um den Bezug zu La Chaux-de-Fonds wieder herzustellen, der Sozialismus, wie ihn Charles Naine verstand, der als erster Neuenburger SP-Politiker unserer Tage in den Nationalrat gewählt wurde. Diese Mischung von Offenheit und Standhaftigkeit ist entscheidend für unsere Fähigkeit, die Gesellschaft weiter zu bringen, die Fronten ins Wanken zu bringen und die politische Agenda zu prägen. Dies gilt auch dann, wenn wir in der Minderheit sind, wenn unsere Gegner die Schalthebel der Macht und des Geldes kontrollieren und vor allem auch dann, wenn es um die heiligen Kühe Wirtschaft, Banken, Pharma und Multis geht. Die kommenden Jahre werden spannend sein. Zusammen.